

legt werden.

Nach der Durchführung dieser Maßnahmen war abzuwägen und zu entscheiden, mit welchen Maßnahmen der weiteren Durchsetzung der Politik des Friedens, des Dialogs und der Zusammenarbeit sowie der Gewährleistung der staatlichen Sicherheit am meisten gedient ist. Dabei galt es zu beachten, daß der Gegner bemüht war, die Inhaftierten in eine Märtyrerrolle zu drängen, Vertreter westlicher Friedensbewegungen die staatlichen Maßnahmen der DDR nicht verstanden und unter feindlich-negativen Kräften der DDR ein gewisser Solidarisierungseffekt entstand, der sich in zunehmenden Solidaritätsandachten, Fürbittgottesdiensten und Protesterklärungen äußerte. Daher wurde zentral entschieden, die inhaftierten Personen zu entlassen und auch unter dem Aspekt der Zersetzung ständig aus der DDR in die BRD ausreisen zu lassen.

Im Ergebnis der Ereignisse um den 17. 1. 1988 unter dem maßgeblichen Einfluß reaktionärer Kirchenkräfte und der inspirierenden Rolle der westlichen Massenmedien versuchten die Kreise der AstA, sich neu zu formieren und zusammenzuschließen.

Dabei wurde bewußt durch diese Kräfte die Illusion verbreitet und verstärkt, daß nur der AstA, "der sich regt und aufsäsig ist, vom Staat seine Ausreise erzwingen kann und abgeschoben wird", um die Bestrebungen des Zusammenschlusses zu fördern und Handlungsbereitschaften zu erzeugen.

Die mit der Bekämpfung derartiger Erscheinungsformen des Vorgehens der AstA zuständigen operativen Diensteinheiten des MfS stellten sich im engen Zusammenwirken mit anderen staatlichen und gesellschaftlichen Organen den politisch-operativ bedeutsamen Aufgabenstellungen, die im wesentlichen bestanden in

- der vorbeugenden Verhinderung des Entstehens bzw. Neubildens von Personenzusammenschlüssen der AstA und der Organisation und Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Provokationen und jeglichen Straftaten durch diesen Per-